

# Rückmeldung zur KMU-Befragung ‚Auswirkungen des allgemeinen Lebensmittelrechts‘

Aktuell überprüft die Europäische Kommission das bestehende Lebensmittelrecht auf europäischer Ebene. In diesem Kontext hatte sie kleine und mittlere Unternehmen aufgerufen, sich an einer Umfrage zu diesem Thema zu beteiligen.

Die Generaldirektion ‚Health and Food Safety‘ (DG SANTE) der Europäischen Kommission bedankt sich bei allen Teilnehmern der Konsultation, deren Auswertung einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des EU-Lebensmittelrechts darstellt. Die zentralen Ergebnisse der Umfrage werden im Folgenden aufgezeigt:

- Die große Mehrheit der teilnehmenden Unternehmen ist sich über die verschiedenen abgefragten rechtlichen Anforderungen, die im Bereich Lebensmittelrecht zu erfüllen sind, sehr wohl bewusst.
- Die Mehrheit der befragten Personen fanden es selten oder nie schwierig, den meisten der abgefragten rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Allerdings ist die Erfüllung der Verpflichtung, durch eigene Kontrollen die Einhaltung der Lebens-/ Futtermittelvorschriften sicherzustellen, für fast die Hälfte der Teilnehmer schwierig.
- Die überwiegenden Forderungen zur Sicherung von Lebens-/Futtermitteln, die die befragten Unternehmen aufgrund ihrer Verträge mit Lieferanten bzw. Kunden einhalten mussten, betrafen die Einhaltung privater Standards, Leitlinien oder Verfahrensregeln von Branchen/Verbänden und die Offenlegung der Ergebnisse eigener Prüfungen.
- Fast die Hälfte der Unternehmen gab an, dass die Anforderungen an die Verfolgbarkeit von Produkten nach dem Konzept der Erfassung des vorherigen und des folgenden Schrittes den Aufwand der normalen Buchhaltung übersteigen. Die große Mehrheit der Beteiligten ist der Meinung, dass ein Verfolgungssystem mit deutlichen Vorteilen verbunden ist.
- In ungefähr 75% der befragten Organisationen existiert ein internes Verfolgungssystem. Der gleiche Anteil verfügt über ein internes System zum Zurückziehen von Lebens-/Futtermitteln im Falle eines Sicherheitsrisikos, solange diese sich in ihrer unmittelbaren Kontrolle befinden; jedoch haben etwas weniger als die Hälfte dieses System noch nie benutzt.
- Kosten für die Einhaltung von Lebens-/Futtermittelrechtsvorschriften zur Verfolgbarkeit, Kennzeichnung, Genehmigung, Registrierung und Zertifizierung wurden als die höchste finanzielle Belastung angesehen, gefolgt von den Kosten, die im Zusammenhang mit internen eigenen Kontrollen und der Einhaltung privater Standards entstehen.
- Betrachtet man den Anteil der Kosten, die für die Einhaltung des EU-Lebens-/Futtermittelrechts entstehen, so schätzten über ein Viertel der Unternehmen ihn auf 0 bis 5% der gesamten Verwaltungskosten ein. Ein Fünftel bezifferten ihn mit 5 bis 10%, ein Zehntel mit 10 bis 15% und ein weiteres Zehntel mit mehr als 20%. Ungefähr ein Drittel der Befragten konnte keine konkrete Einschätzung vornehmen.
- 18% der Teilnehmer gaben an, dass der Nutzen des EU-Lebens-/Futtermittelrechts die Kosten überwiegt, 24% sind der Meinung, dass der Nutzen im angemessenen Verhältnis zu den Kosten steht und für 32% sind die Kosten angesichts des Nutzens zu hoch. Ungefähr 25% hatten keine Meinung dazu.